

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	40
		<b>TOP:</b>	2
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	669/2022
		<b>GZ:</b>	S/OB-NMS
<b>Sitzungstermin:</b>	07.02.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Thürnau		
<b>Berichterstattung:</b>			
<b>Protokollführung:</b>	Frau Schmidt / th		
<b>Betreff:</b>	<b>4. Haushaltspaket Mobilität 2022/2023 - Zwischenbericht</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 20.01.2023, GRDRs 669/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Der Antrag Nr. 28/2023 vom 03.02.2023 ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Für StR Peterhoff (90/GRÜNE) gibt die Vorlage eine gute Übersicht über bereits umgesetzte Maßnahmen und den Bedarf zur Nachjustierung im kommenden Haushalt. Angesichts des beschlossenen Klimaziels müssten eventuell größere Maßnahmenpakete mit konkreten zeitlichen Vorgaben geprüft werden. Er nennt beispielhaft das betriebliche Mobilitätsmanagement mit Carsharing in den Ämtern. Beim kostenfreien Samstag während der Periode des 9-Euro-Tickets geht der Stadtrat von deutlich geringeren Kosten aus, was Herr Körner (S/OB) durch Kopfnicken bestätigt. Er verweist auf die für 2023 geplante Urban Future Conference und den Antrag Nr. 28/2023, den er zur Abstimmung stellen wolle. Bei der B14 ergebe sich die Chance einer guten Bespielung. Zum Aspekt der Bevorzugung von Bussen regt er eine erneute Prüfung an, da er von ausreichenden Mitteln ausgegangen sei und bittet ebenfalls um Darstellung der Situation bei der Barrierefreiheit, den Stuttgarter Rechtecken und Abstellflächen für E-Scooter. Zu letzterem habe seine Fraktion speziell für den Westen die Einrichtung von Abgabeinseln gefordert; der entsprechende Antrag (Antrag Nr. 208/2022) sei noch nicht beantwortet. Abschließend fordert er die Verwaltung auf, die Studie zum unterirdischen Warentransport im Ausschuss vorzustellen.

Beim Thema Carsharing in der Verwaltung hat StR Kotz (CDU) nicht den Eindruck, es gebe in der Verwaltung zu viele personifizierte Fahrzeuge, die wenig genutzt würden. Zum Antrag Nr. 28/2023 stellt er die Frage, ob das Veranstaltungskonzept die Sperrung einer Bundesstraße rechtfertige. Seine Fraktion werde sich daher enthalten. Für zukünftige Zwischenberichte regt er an, für mehr Übersichtlichkeit eine Grafik zum Fortschritt der einzelnen Projekte mitaufzunehmen.

Zu Handlungsfeld 2d möchte StR Conzelmann (SPD) wissen, ob Bedarfe für weitere Busspuren gesehen werden. Zu Handlungsfeld 2f stelle er sich die Frage, warum bisher nur 100.000 Euro abgeflossen seien. Zu Antrag Nr. 28/2023 erklärt der Stadtrat, die dezentrale Mobilitätswoche sei weniger gut angenommen worden, weshalb er eine zentrale Veranstaltung bevorzuge. Darüber hinaus ist ihm noch nicht klar, wie das Haushaltspaket Mobilität zum Klimamobilitätsplan steht.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) moniert, es seien nur kleine Projekte "mehr schlecht als recht" umgesetzt worden. Er nennt beispielhaft die geringe Anzahl von 23 barrierefrei umgestalteten Haltestellen, den immer noch unfallträchtigen Fußgängerüberweg an der Bahnhaltestelle Schloss-/Johannesstraße und die Sitzflächen am Karlsplatz ohne Aufenthaltsqualität. Das Tempo der Umsetzung von klimagerechter Mobilität sei äußerst unbefriedigend. Die Klimaziele gingen nicht einher mit der geringen Anzahl von Maßnahmen. Bezüglich der B14 lädt er ein, diesen Standort für einen Aktionstag zu nutzen.

Die Vorlage bilde eine gute Grundlage für die kommenden Haushaltsplanberatungen, so StR Serwani (FDP), denn es müsse personell und finanziell aufgestockt werden. Vorangetrieben werden müssten der barrierefreie Ausbau der Bushaltestellen und das Konzept zur Citylogistik. Zustimmung äußert er zum Antrag Nr. 28/2023 sowie zur Einrichtung von Abgabeinseln für E-Scooter in Abstimmung mit den Betreibern. Wenn die personelle Ausstattung der Ämter nicht verbessert werden könne, regt er an, verstärkt mit externen Dienstleistern zu arbeiten. Abschließend stellt er die Frage, warum sich die Stadt an der Finanzierung von E-Steuern beteilige.

Bezüglich des Handlungsfeldes 2f (Fonds emissionsarmes Fahren) verweist StR Schrade (FW) auf einen Antrag zum Doppelhaushalt und möchte wissen, warum die Mittel nur schlecht abfließen. Für den Betrieb von E-Scootern plädiert der Stadtrat dafür, Abstellflächen flächendeckend einzurichten, die auch zwingend genutzt werden müssten. Der Wildwuchs müsse beendet werden. Zum Antrag Nr. 28/2023 kündigt er Enthaltung an.

Das umfangreiche Programm enthält für StR Dr. Mayer (AfD) einige gute Punkte, aber auch Maßnahmen mit "Neigung zum Autoritären". Die Beseitigung von Autospuren zur Reduktion von Verkehr halte er für die falsche Logik und übe Zwang auf die Bürgerschaft aus. Auch die von verschiedenen Gremiumsmitgliedern angekündigten Demos im Falle einer Absage eines Aktionstages auf der B14 lehnt er ab, denn sie schadeten massiv der Stuttgarter Wirtschaft. Abschließend zeigt er sich interessiert am Ergebnis der Auswertung zum Programm "Flottes Gewerbe" (Handlungsfeld 8f).

Zu den Anmerkungen und Fragen nimmt Herr Körner Stellung und erklärt, das Grundsatzreferat habe die Aufgabe der ämterübergreifenden Koordination. Er dankt für die überwiegend positive Rückmeldung des Gremiums und sagt zu, das Grundsatzreferat

werde das Geld für den Klimaaktionstag organisieren. Er bitte jedoch darum, heute nicht den konkreten Betrag von 570.000 Euro zu beschließen. Die Summe werde sich am Ende in einer ähnlichen Größenordnung bewegen. Er kündigt für 2023 eine Vorlage an, da in diesem Jahr auch Mobilitätswochen und kostenfreie Samstage im ÖPNV geplant seien. Für die Mobilitätswochen müsse jedoch mit erheblichen Mehrkosten gerechnet werden, da in.stuttgart aufgrund der Fußball-Europameisterschaft diese Veranstaltung nicht organisieren werde und ein externer Partner beauftragt werden müsse. Die Konzeption für den Klimaaktionstag selbst werde vom Amt für Umweltschutz ausgearbeitet.

Ergänzend schlägt StRin Königeter (PULS) vor zu prüfen, ob kostenlose ÖPNV-Tage angesichts des 49-Euro-Tickets noch angebracht seien. Das Geld könne sinnvoller eingesetzt werden.

Die Intention von Herrn Körner kann StR Peterhoff nicht nachvollziehen. Wenn eine Änderung von Haushaltsmitteln angestrebt werde, müsse dies entsprechend beschlossen werden. Aus diesem Grunde lägen die zwei Antragsziffern vor. Herr Körner habe ja ohnehin einen ähnlich hohen Betrag angekündigt, weshalb der Stadtrat die eingesparte Summe mitgeben wolle.

Herr Körner erklärt, in 2023 werde eine deutlich höhere Summe benötigt, da in.stuttgart ausfalle. Er wolle den Spielraum zur Finanzierung anderer Dinge ausnutzen.

Herr Maier-Geißer (S/OB) erklärt, die Vorlage sei ein Zwischenbericht und diene der Nachjustierung im nächsten Doppelhaushalt. Er betont, er beziehe sich auf den Doppelhaushalt 2022/2023 mit Entwicklungsstand vom November 2022. Dieser Haushalt sei erst ca. Mitte Mai 2022 vollzugsbereit gewesen. Beim betrieblichen Mobilitätsmanagement sei in der Tat Nachjustieren gefragt, denn die Gelder seien ausschließlich für die Jahre 2022/2023 eingestellt. Bezüglich der autofreien Sonntage sei vor allem im Zeitraum des 9-Euro-Tickets weniger Geld abgeflossen, was bei den weiteren Planungen berücksichtigt werde. Er führt weiter aus, mit der heutigen "Mantelvorlage" würden alle Themen gebündelt, die etwas mit nachhaltiger Mobilität zu tun hätten, um aufzuzeigen, was in diesen Handlungsfeldern geschehe. Für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Technik am 28.02.2023 kündigt er die Einbringung zur Fortschreibung des Aktionsplanes an, der gleichzeitig die verwaltungsmäßige Grundlage für den nächsten Doppelhaushalt bilde. Zum Fonds emissionsarmes Fahren hält er fest, Gelder und Interesse der Ämter seien gegeben. Die Ämter erhielten das Delta zwischen E-Antrieb und Verbrenner ersetzt. Zum Thema des unterirdischen Transports rechnet der Verwaltungsmitarbeiter bis Mitte April mit einem Bericht im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen.

Zur Citylogistik ergänzt Frau Wohlhüter (L/OB-RZ), die Rahmenbedingungen zur Beurteilung des unterirdischen Warentransports hätten sich durch die aktuellen Entwicklungen bei S21/Rosenstein stark geändert. Der Baustein Citylogistikkonzept Innenstadt befinde sich derzeit in der Prüfung der Vergabestelle. Es gehe darum, die Akteure einzubeziehen. Das Programm "Flottes Gewerbe" werde sehr gut angenommen. Das Ergebnisvideo zu den ersten Testpionieren (<https://www.youtube.com/watch?v=EMSagQ-43Gw>) zeige die äußerst positive Resonanz. Ein Aufruf für weitere Testpioniere erfolge Ende Februar, und an einem Aktionstag könnten Einzelhändler, Handwerksbetriebe, Sozialdienstleister etc. die Lastenräder testen. Eine städtische Förderung werde geprüft.

BM Thürnau ergänzt zum emissionsarmen Fahren, die Marktverfügbarkeit entsprechender Fahrzeuge sei derzeit sehr limitiert. Er hoffe in diesem Jahr auf bessere Lieferfristen und Verfügbarkeiten. Wenn die Fahrzeuge vorhanden seien, flössen die Mittel weiter ab.

Auf die vollen Auftragsbücher des Tiefbauamtes verweist Herr Mutz (TiefbA) und greift zunächst die Busbevorrechtigung auf, bei der man bereits sehr weit fortgeschritten sei. Dies gelte auch für die Stuttgarter Rechtecke, von denen 5 - 10 bereits umgesetzt seien und sich weitere in der Planung befänden. Ähnliches gelte für den Ausbau der barrierefreien Bushaltestellen, die jede für sich eine große Maßnahme darstelle, denn diese würden für eine lange Haltbarkeit meist in Beton erstellt. Mit dem Ziel einer Bündelung werde für mehrere Haltestellen ein Ingenieurbüro beauftragt; dennoch gebe es auch bei Privaten Kapazitätsengpässe.

Zu den Stuttgarter Rechtecken ergänzt Herr Körner, diese stellten einen großen Aufwand dar und anderes leide darunter. Wenn zu viele Aufgaben gestellt würden, erschwere dies eine schnelle Umsetzung. Bezüglich der E-Scooter werde das Amt für öffentliche Ordnung Sondernutzungserlaubnisse auf den Weg bringen, und er werde den Wunsch nach Abgabeinseln - auch in den Außenbezirken - übermitteln. Zur Frage von StR Conzelmann nach dem Verhältnis zwischen Haushaltspaket Mobilität und Klimamobilitätsplan erklärt er, das, was im Klimamobilitätsplan vorgesehen sei, müsse auch im Aktionsplan enthalten sein. Zur Frage der E-Taxen stellt Herr Maier-Geißer klar, es gebe keinen Anbieter, der direkt an einem Taxistand Schnelllader installieren wolle, weshalb die Stadt eigene Schnelllader geschaffen habe und diese auch betreibe. Zur Unterstützung der Taxis werde auch der Strom bezahlt. Die sich in Vorbereitung befindliche Rechtsgrundlage des Landes, nur noch solche Fahrzeuge zuzulassen, generiere einen zusätzlichen Bedarf an Ladesäulen.

Bezüglich der Abgabeinseln für E-Scooter verweist StR Peterhoff auf die konkreten Vorschläge im Bereich Feuersee und Forststraße im Antrag Nr. 208/2022, um in diese Thematik einzusteigen. Zu den Stuttgarter Rechtecken regt er an, Fahrradabstellplätze auf bestehenden Flächen einzurichten, was schneller gehe; der High-End-Ausbau könne zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Dazu erklärt BM Thürnau, bessere Qualität erfordere mehr Aufwand; es sei kontraproduktiv, eine Maßnahme mehrfach aufzugreifen. Zur erneuten Kritik von StR Pantisano an der schleppenden Umsetzung und speziell der jahrelangen unbefriedigenden Situation an der Haltestelle Schloss-/Johannesstraße - verbunden mit Unfällen - sagt der Vorsitzende eine Prüfung dieses Einzelfalls zu.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt BM Thürnau fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von der GRDRs 669/2022 Kenntnis genommen.

Zum Antrag Nr. 28/2023 (90/GRÜNE, SPD, Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei, PULS) ergibt sich folgendes Ergebnis:

Antragsziffer 1 ist erledigt.

Antragsziffer 2 wird wie folgt geändert (Änderung in fett): "Die Mittel aus dem nicht durchgeführten Mobilitätstag 2022 in Höhe **bis zu** 570.000 Euro werden für die Durchführung des von der Stadt geplanten Klimaaktionstags im Rahmen der UFC eingesetzt." Dieser geänderten Antragsziffer stimmt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik bei 1 Gegenstimme mehrheitlich zu (4 Enthaltungen).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt der Antragsziffer 3 bei ebenfalls 1 Gegenstimme mehrheitlich zu (4 Enthaltungen).

Zur Beurkundung

Schmidt / th

## Verteiler:

- I. Referat S/OB  
zur Weiterbehandlung  
S/OB-Mobil  
Stabsstelle Klimaschutz  
weg. VA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB  
VVS
  2. L/OB-RZ
  3. *Referat AKR*  
*Haupt- und Personalamt*
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  5. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  6. Referat SWU  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)  
Baurechtsamt (2)
  7. Referat T  
Hochbauamt (2)  
Tiefbauamt (2)
  8. GPR (2)
  9. Amt für Revision
  10. L/OB-K
  11. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand